

„Wir Menschen können nur gesund sein, wenn Tiere und Umwelt gesund sind. Weil wir mit unserer Umwelt auf so vielfältige Weise verbunden sind, ist Naturschutz immer auch präventive Gesundheitspolitik.“

Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD)

Hamburg, 27. April 2021

Liebe Leserin, lieber Leser,

wenn wir in diesen Zeiten die Zeitung aufschlagen oder die Nachrichten einschalten, lesen und hören wir vor allem eines: Corona-Krise. Und in der Tat stellt uns die Pandemie alle vor große Herausforderungen.

Was wir dabei aber nicht vergessen dürfen, ist die „Krise hinter der Krise“, so Svenja Schulze, die Bundesumweltministerin, in ihrer Rede zum Artenschutz im Juni 2020. Gemeint ist damit die Naturzerstörung, die – so sagt sie – mit dem Risiko für Infektionskrankheiten in Zusammenhang steht. Dies ist wissenschaftlich belegt.

Zumindest in der Theorie scheint die Politik also verstanden zu haben, wie wichtig Umweltschutz ist und wie stark Mensch und Umwelt voneinander abhängen.

Mir drängt sich allerdings die Frage auf: Warum schlägt sich dieses Erkenntnis so wenig im politischen Handeln nieder? Ein drastischer Lockdown der Kohleindustrie? Ein rechtsverbindlicher Mindestabstand für Nutztiere? Fehlanzeige!

Denn es ist ja nicht so, als hätte die Politik erst im Juni 2020 herausgefunden, dass sie sich für mehr Umwelt- und Klimaschutz einsetzen muss. Doch das Problem ähnelt der Kritik an der Pandemiebekämpfung: Maßnahmen werden im Schneckentempo verhandelt und widersprüchlich umgesetzt – wenn überhaupt. Im Angesicht von Klimakrise und Artensterben brauchen wir aber eine Umweltpolitik auf der Überholspur.

Plastiktüten beispielsweise sind seit 2016 größtenteils kostenpflichtig. Warum nicht alle? Weil es sich bloß um eine freiwillige Vereinbarung zwischen Regierung und Einzelhandel handelt. Erst ab 2022, sechs Jahre später, sollen gewisse Plastiktüten komplett verboten sein. Und wie sieht es mit anderen Plastikerzeugnissen wie Verpackungen aus? Für uns ist die Sache klar: Nur ein Verbot von Einwegverpackungen und eine effektive Plastiksteuer für die Industrie, deren Abgabehöhe von der Recyclingfähigkeit eines Produktes abhängt, können Schlupflöcher stopfen und dem Kleinklein ein Ende bereiten.

>> weiter auf der Rückseite >>

Auch bei anderen Problemen hat die Bundesregierung zu lange geschlafen: von alternativer Energiegewinnung und nachhaltigem Verkehr über den Umbau der Landwirtschaft bis hin zu konsequentem Meeres- und Waldschutz. Manch eine Maßnahme wirkt dem Umwelt- und Klimaschutz sogar eindeutig entgegen, wie unsere Recherchen immer wieder zeigen.

In Kürze haben Sie und ich die Möglichkeit, eine Kehrtwende einzuleiten: bei den Bundestagswahlen 2021. Die nächste Regierung muss endlich Partei für die Umwelt ergreifen und Taten folgen lassen. Und das nicht nur punktuell, sondern umfassend. Nicht später, sondern jetzt! Sonst wird die Corona-Krise nur ein schwacher Vorgeschmack für das sein, was uns als Klimakrise noch bevorsteht. Befördern wir den Umweltschutz also ganz oben auf die Agenda, indem wir gemeinsam die Stimme erheben! Nutzen Sie mit dem beigelegten „Wahlschein“ die Chance, Ihre ökologischen Herzensthemen direkt bei den Parteispitzen zu platzieren.

Doch Worte allein reichen nicht. Daher decken wir auch in diesem Jahr Missstände auf und enthüllen Skandale, die das Versagen der Bundesregierung bei Klima- und Artenschutz in der jetzigen Legislaturperiode belegen. Und wir zeigen, wie es besser geht.

In den vergangenen Monaten haben wir mit einem Rechtsgutachten dargelegt, wie die schädlichen Auswirkungen des Fleischkonsums auf Umwelt, Tierwohl und Gesundheit durch ein Werbeverbot gemindert werden können. Wir haben Schlachthofabwässer auf antibiotikaresistente Keime untersucht, Autohersteller beim Frisieren von CO₂-Werten entlarvt und mit einer spektakulären Gleitfliegerlandung auf dem Gebäude der Europäischen Zentralbank ein Zeichen für eine grüne Finanzpolitik in Europa gesetzt.

Um die Vielzahl an Recherchen, Probenahmen, wissenschaftlichen Gutachten und phantasievollen Protesten fortzuführen, bitte ich heute um Ihre Hilfe: Unterstützen Sie Greenpeace mit Ihrer Spende. Ganz gleich, ob 30 Euro, 50 Euro oder mehr – lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen, dass wir in der nächsten Legislaturperiode die Klimaziele erreichen; Wälder, Böden und Gewässer geschützt sind; unsere Nahrung ohne Tierleid und gefährliche Chemikalien auskommt. Und dass unser Land als friedlicher Partner und ökologisches Vorbild weltweit geschätzt wird.

Ich danke Ihnen von Herzen.



Stefan Krug
Greenpeace Leiter Politik

PS: Unser „Wahlkampf“ wird in den nächsten Monaten manche Politiker:innen, aber auch Konzerne überraschen. Um unabhängig zu bleiben, akzeptiert Greenpeace Spenden darum ausschließlich von Privatpersonen wie Ihnen.

Spendenkonto

Bank für Sozialwirtschaft, IBAN DE83 2512 0510 6798 4814 00, BIC BFSWDE33HAN
Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Alle Spenden und Fördermitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig.
Erbschaften und Vermächtnisse sind von der Erbschaftsteuer befreit. Fordern Sie Informationen an.
Wenn Sie keine weiteren Informationen von Greenpeace wünschen, so teilen Sie uns dies bitte mit.